

14. Januar 2010

## **Antrag**

**der Mitglieder der Bezirksversammlung  
Lars Pochnicht, Lars Kocherscheid, Hans-Joachim Klier,  
Rainer Schünemann, Michael Ludwig-Kircher (SPD) und Fraktion**

### **Lidl in Berne – Wo bleibt die frühzeitige Bürgerbeteiligung?**

Die LIDL Vertriebsgesellschaft plant mit Zustimmung der Hamburger Hochbahn und der P+R-Betriebsgesellschaft die Errichtung eines Einkaufsmarktes über Flächen der Hamburger Hochbahn südlich des Bahnsteigs der U-Bahnstation Berne. Im Gegenzug soll die HOCHBAHN am Nordrand des Bahnsteigs einen nördlichen, behindertengerechten Zugang in Höhe der P+R-Parkpalette erhalten.

Am 10. Juni 2008 wurde der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek zum ersten Mal über den Stand der Planungen informiert. Die vorgelegten Planungsunterlagen (vergl. Drs. 18/0273) wiesen als Erstellungsdatum den 28.08.2007 aus, während der aktuelle Stand der Planung mit dem 05.05.2008 angegeben war. Der Beschlussvorschlag des Bezirksamtes Wandsbek lautete auf Zustimmung zur Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens Farmsen-Berne 35. Aufgrund des Beratungsbedarfs der Fraktionen wurde die Drucksache zunächst vertagt und dann in der Sitzung am 01.07.2008 mit von der SPD beantragten Maßgaben an den Investor beschlossen. Demnach soll sich im Gegensatz zu der im Planungsausschuss am 10.06.2008 vorgestellten Projektskizze der Bereich zwischen bestehendem Zugang und Ende des Bahnsteigs nur als weitestfernte Lösung anbieten. Des Weiteren soll der künftige Fußgängerzugang zum Parkplatz niveaugleich und barrierefrei direkt von der Fußgängerbrücke am Bahnhof möglich sein. Die Lösung der Probleme der Zu- und Abfahrtsituation vom Parkplatz des Einkaufsmarktes am Berner Heerweg sowie die Forderung nach einer ansprechenden Gestaltung der Anlage als auch die Forderung der Mitbenutzungsmöglichkeit des Parkplatzes durch andere Kunden aus dem Ortskern wurden auf besonderen Wunsch von CDU und FDP anders als von der SPD beantragt nur als Wunsch an den Investor beschlossen (vergl. Drs. 18/0444).

In der Sitzung des Planungsausschuss am 21.04.2009 wurde ein Sachstandsbericht des Vorhabenträgers abgegeben (vergl. Drs. 18/1984). Herr Weiland (Lidl) und Herr Schindel (Büro SAHB) erläuterten den Stand des Verfahrens hinsichtlich der Anliefersituation und des Standortes des behindertengerechten Zugang zum Bahnsteig. Nachdem sich diverse Ausschussmitglieder für einen behindertengerechten Zugang so dicht wie möglich an dem bestehenden Abgang aussprachen wurde auch durch Herrn Leppert (HOCHBAHN) eine erneute Prüfung zugesagt. Seitdem hat es keinen neuen Sachstandsbericht gegeben.

In § 3 Abs. 1 BauGB ist geregelt, dass „die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten“ ist; „Ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.“ Vor dem Hintergrund, dass die ersten Planungen im August 2007 erstellt worden sind und seitdem an dem Vorhaben geplant wird, ist es höchste Zeit, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Von einer frühzeitigen

Bürgerbeteiligung kann schon jetzt nicht mehr gesprochen werden. Vom Ausgang der frühzeitigen Bürgerbeteiligung ist jedoch abhängig, ob der Planungsausschuss überhaupt einer Fortführung des Planverfahrens zustimmt oder nicht. Gegen eine solche frühzeitige Bürgerbeteiligung spricht auch nicht, dass es bisher seitens des Bezirksamtes keinen Aufstellungsbeschluss gegeben hat. Denn in § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 spricht selbst das BauGB davon, dass „von einer Unterrichtung und Erörterung abgesehen werden kann, wenn die Unterrichtung und Erörterung (...) bereits zuvor erfolgt sind.“ Dem BauGB ist eine Bürgerbeteiligung vor Aufstellungsbeschluss also nicht unbekannt. Mit dieser Regelung wird zudem eine erneute öffentliche Bürgerbeteiligung nach Aufstellungsbeschluss vermieden, so dass auch der Arbeitsaufwand für die Verwaltung nicht größer wird.

*Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:*

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt noch im ersten Quartal 2010 zu einer öffentlichen Plandiskussion des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Farmsen-Berne 35 ein, in der die Bürgerinnen und Bürger über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung des Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet werden und in der sie zum Bebauungsplanentwurf Stellung nehmen können.